



JURISTISCHE FAKULTÄT



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

Zusammenfassung der Dissertation mit dem Titel

„Fernmeldegeheimnis und Fernmeldeaufklärung“

Dissertation vorgelegt von Bastian Schneider

Erstgutachter: Prof. Dr. Bernd Grzeszick

Zweitgutachter: Prof. Dr. Wolfgang Kahl

Institut für Staatsrecht, Verfassungslehre und Rechtsphilosophie

1. Das Fernmeldegeheimnis schützt die Vertraulichkeit fernmeldetechnisch vermittelter Kommunikation, nicht aber das Ermöglichen vertraulicher Kommunikation. Kommunikationsdienstleister können sich daher hinsichtlich der von ihnen lediglich vermittelten Kommunikation nicht auf Art. 10 GG berufen. Anderes ergibt sich entgegen einer in der Literatur vertretenen Auffassung auch nicht aus zwei *obiter dicta* des Bundesverfassungsgerichts aus Zeiten des staatlichen Postmonopols.
2. Der Grundrechtsschutz nach Art. 10 GG setzt nicht das Vorhandensein mindestens zweier Kommunikationsteilnehmer voraus. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis schützen nicht lediglich den Informationsaustausch, sondern bereits eine bloße Informationsübermittlung. Nicht vom sachlichen Schutzbereich umfasst ist hingegen unmittelbar dolose Scheinkommunikation wie etwa das Steuerungssignal für ein Schadprogramm.
3. Der von Art. 10 GG vermittelte Schutz ist disponibel. Eine eingriffsausschließende Einwilligung bedarf dabei grundsätzlich der Zustimmung sämtlicher Kommunikationsteilnehmer. Jeder Teilnehmer kann allerdings für sich genommen über solche Informationen disponieren, die ein Teilnehmer der Diskretion der übrigen Teilnehmer überantwortet hat.
4. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses kommt gemäß Art. 19 Abs. 3 GG grundsätzlich auch inländischen juristischen Personen zu. Ausländische juristische Personen können sich demgegenüber regelmäßig nicht auf Art. 10 GG berufen. Dies gilt insonderheit für ausländische juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie solche Entitäten, die ein hinreichend gefestigtes territoriales Herrschaftsgefüge errichtet haben und daher ausländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts in grundrechtlicher Hinsicht gleichkommen.
5. Der Grundrechtsschutz juristischer Personen effektuiert sich über eine funktionale Kommunikationszurechnung. Handelt eine natürliche Person als Funktionsträgerin einer juristischen Person, so ist ihre Kommunikation rechtlich solche der juristischen Person und grundrechtlich nach den für diese geltenden Maßstäben zu beurteilen.

6. Im Anwendungsbereich des Art. 18 AEUV genießen auch ausländische juristische Personen aus der Europäischen Union den Schutz des Art. 10 GG. Ist der Anwendungsbereich des Unionsrechts nicht eröffnet, verbleibt es demgegenüber bei dem von Art. 19 Abs. 3 GG angeordneten Ausschluss ausländischer juristischer Personen von der Grundrechtsberechtigung. Dies betrifft namentlich Beschränkungen der kommunikativen Privatheit durch nationale Behörden nach nationalem Recht ohne unionsrechtlichen Bezug.
7. Der territoriale Schutzgehalt des Art. 10 GG ist nicht auf Deutschland oder auf im Ausland befindliche Deutsche beschränkt. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses kommt vielmehr auch Ausländern im Ausland zu, sofern sie Adressaten deutscher Aufklärungsmaßnahmen sind. Die Intensität des ihnen vermittelten Schutzes ist aber zurückgenommen. Grundrechtseingriffe gegen Ausländer im Ausland unterliegen daher nicht schlechterdings denselben Voraussetzungen wie Eingriffe gegen Deutsche oder gegen Personen in Deutschland.
8. Es besteht keine allgemeine Regel des Völkerrechts und auch sonst keine völkerrechtliche Norm, der zufolge Ausländern im Ausland derselbe Schutz vor staatlicher Aufklärung zusteht wie Inländern oder eigenen Staatsbürger oder der zufolge das durch Art. 10 GG in Deutschland gewährte Schutzniveau den unterschiedslos zu gewährenden menschenrechtlichen Mindeststandard darstellt.
9. Die strategische Fernmeldeaufklärung stellt einen unabdingbaren Bestandteil staatlicher Sicherheitsvorsorge dar und unterscheidet sich in ihrer Eigenart grundlegend von anderen Maßnahmen wie etwa der Telekommunikationsüberwachung. Die Aufklärungsmöglichkeiten deutscher Stellen sind aus technischen und sonstigen tatsächlichen Gründen auf einen geringen Teil der weltweit fernmeldetechnisch vermittelten Kommunikation beschränkt.
10. Die Regelungen des G 10-Gesetzes zur strategischen Aufklärung internationaler Fernmeldeverkehre (§ 5 G 10) sowie zur strategischen Aufklärung in Einzelfällen bei Gefahr für Leib oder Leben (§ 8 G 10) stehen mit den Vorgaben des Grundgesetzes im Einklang. Dies gilt entgegen einer in der Literatur vertretenen Auffassung auch für § 5 Abs. 2 Satz 3 G 10.

11. Die Regelungen zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung in §§ 6 ff. BNDG genügen den Vorgaben des Grundgesetzes, soweit sie die Aufklärung nicht grundrechtsgeschützter Personen gestatten. Hinsichtlich der Aufklärung grundrechtsgeschützter Personen erscheint mit Blick auf das Zitiergebot des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG eine Ergänzung des Gesetzes geboten.
12. Die Ausnahme der Mitglieder des Unabhängigen Gremiums nach § 16 BNDG von der Pflicht zum Durchlaufen einer Sicherheitsüberprüfung ist rechtlich nicht geboten und überzeugt auch in der Sache nicht. Zur Gewährleistung einer umfassenden und wirksamen Aufgabenwahrnehmung erscheint es angezeigt, dass sich die Mitglieder des Unabhängigen Gremiums zumindest auf freiwilliger Basis einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen.
13. Maßnahmen der Fernmeldeaufklärung, die weder dem G 10-Gesetz noch den §§ 6 ff. BNDG unterfallen, können auf § 1 Abs. 2 BNDG gestützt werden, soweit sie sich nicht gegen grundrechtsgeschützte Personen richten.
14. Neben dem BND darf auch die Bundeswehr Fernmeldeaufklärung betreiben. Sie ist hierbei an die Grundrechte gebunden, welche freilich in ihrer Schutzwirkung verfassungsimmanente Modifikationen unterliegen können. Außerhalb des Verteidigungsfalles bedarf es für Einsätze gegen grundrechtsgeschützte Personen zumindest einer hinreichenden parlamentarischen Willensbetätigung.

Die Arbeit wird im Verlag Duncker & Humblot in der Schriftenreihe „Schriften zum Öffentlichen Recht“ erscheinen.